



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzing, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen I – Jugendpolitische Mitwirkung auf Landesebene intensivieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, wie die Jugendlichen auf Landesebene im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel stärker in politische Entscheidungen eingebunden werden können. Entscheidend ist dabei, dass neben den vielfältig vorhandenen Jugendverbänden auch die Jugendlichen unmittelbar in Entscheidungsprozessen Gehör finden. Hierzu sollten geeignete Anhörungs- und Beteiligungsformen etabliert werden.

Begründung:

Ziel bayerischer Jugendpolitik ist es, die Jugendlichen in alle sie betreffenden Entscheidungen in allen Lebensbereichen einzubeziehen. Dies kann zur Chancen- und Generationengerechtigkeit beitragen. Denn viele langfristige Entscheidungen betreffen die Jugendlichen von heute. Daher muss gewährleistet sein, dass die Bedürfnisse von Jugendlichen in der Landespolitik wahrgenommen und gewürdigt werden.

Mit dem Aktionsplan „Jugend“ des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales soll der Dialog mit den jungen Menschen verstärkt werden, damit die Anliegen junger Menschen in Bayern vorangebracht und Jugendthemen auch vor Ort weiterentwickelt werden. Der Aktionsplan enthält unter anderem die Handlungsfelder „Dialog mit der Jugend intensivieren“ und „Öffentliche Plattformen für Jugendanliegen schaffen“. Der Aktionsplan „Jugend“ sowie das Gesamtkonzept für mehr Beteiligung junger Menschen, das die Staatsregierung derzeit erarbeitet, könnten Anknüpfungspunkte für eine intensivere Mitwirkung der Jugendlichen auf Landesebene sein.